

Die Kraft der Argumente ist für Polen zu wenig

Warschau setzt die gesamte EU-Klimapolitik aufs Spiel. Um das Land zu überzeugen, müssen Deutsche und Franzosen endlich mehr anbieten als nur freundliche Worte

Oliver Geden

Die europäische Klimapolitik ist an einem kritischen Punkt angelangt, seit Polen sich beharrlich weigert, die ambitionierte Klimalangfriststrategie 2050 der EU-Kommission zu unterstützen. Denn das Scheitern einer Einigung wirft die Frage auf, wie verlässlich europäische Ankündigungen in der Klimapolitik überhaupt sind.

Seit 2007 ist die Beschlusslage eindeutig. Die 27 Staats- und Regierungschefs verpflichteten die EU auf eine Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent. Gleichzeitig boten sie der Weltgemeinschaft eine Verschärfung auf 30 Prozent an, falls andere Industrie- und Schwellenländer mitziehen sollten. Doch dieses Vorhaben ist 2009 beim Weltklimagipfel in Kopenhagen spektakulär gescheitert. Seither schwelt in Europa die Debatte, ob man sich dennoch auf 30 Prozent verpflichten sollte.

Doch die Diskussion um das 2020-Ziel bleibt auf bemerkenswerte Weise unpolitisch. Im Wochentakt finden Konferenzen statt, auf denen die - von West- und Nordeuropäern geprägte - Klima-Community die ökonomische Machbarkeit einer Erhöhung auf 30 Prozent zu belegen versucht. Auch die EU-Kommission produziert Studie um Studie, mit der sie die segensreichen Wirkungen einer ehrgeizigen Klimapolitik aufzuzeigen versucht. Die zentralen Argumente: Wir müssen den Innovationsdruck erhöhen, damit wir auf den grünen Zukunftsmärkten bestehen können. Wir müssen unsere Anstrengungen jetzt verstärken, um auch nach 2020 einen kosteneffizienten Emissionsabbau erreichen zu können, bis hin zu dem für 2050 notwendigen Reduktionskorridor, um dann 80 bis 95 Prozent weniger Kohlendioxid auszustoßen als noch 1990.

Klimapolitiker und Wissenschaftler mögen es mit guten Gründen für bedauerlich halten, dass Polen sich diesen Argumenten verweigert. Aber beharrlich zu ignorieren, dass Polen über die Vetomacht verfügt, jede Verschärfung der Klimaziele im Europäischen Rat zu blockieren, ist fahrlässig. Und zu glauben, die besseren Argumente würden sich letztlich durchsetzen, ist naiv. Für ein Land, das in der Stromproduktion fast ausschließlich auf heimische Kohle setzt und das sich als Interessenvertreter der osteuropäischen Transformationsökonomien versteht, ist eine harte Haltung in der Klimapolitik auch eine Frage des nationalen Stolzes.

Polen wird versuchen, die Entscheidung über eine Zielverschärfung noch zwei oder drei Jahre zu blockieren - bis es zu schließlich spät ist, um für 2020 noch draufzusatteln. Wer es so weit nicht kommen lassen will, wird attraktive politische Gegengeschäfte anbieten müssen, etwa im Zuge der Verhandlungen über den EU-Haushalt ab 2014. Doch dazu dürften Deutschland, Frankreich und Großbritannien nur noch in beschränktem Maße bereit sein. Die Aussichten für eine ambitionierte EU-Klimapolitik sind derzeit düster. Das Ziel für 2020 wird wohl nicht mehr verschärft. Und auch bei der Debatte um die Langfristziele droht noch viel Ungemach. Sollte Polen während seiner anstehenden EU-Ratspräsidentschaft eine Debatte darüber starten, welche Reduktionsziele die Europäische Union für die Phase von 2030 bis 2050 ansetzen will, würden sich die bislang angekündigten 80 bis 95 Prozent als das entpuppen, was sie sind: Luftbuchungen.

Oliver Geden ist Experte für EU-Klimapolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).